

Volksinitiative für eine neue Geldpolitik

Kreditgeschäft Der Verein «Monetäre Modernisierung» will den Banken die Buchgeld-Produktion aus der Hand nehmen

VON RUEDI STUDER

Nicht nur der Bundesrat will den Bankensektor strenger regeln, auch eine neue Volksinitiative will die Banken härter an die Kandare nehmen. Konkret: Mit der privaten Geldschöpfung durch die Banken soll Schluss sein. Heute siehts nämlich so aus: Wer bei einer privaten Geschäftsbank einen Kredit in der Höhe von beispielsweise einer halben Million Franken aufnimmt, erhält den Betrag nicht in bar, sondern elektronisch auf sein Konto überwiesen. Quasi als Ausgleich auf einem andern Sparkonto abgebucht wird dieses Geld nicht. Vielmehr wird so «Buchgeld» von der Bank neu geschaffen, die Bankenbilanz vergrössert. Damit tragen die Banken insbesondere in Boomzeiten zu einer wundersamen Geldvermehrung bei, über welche die Zentralbanken nur bedingt Kontrolle haben. Zum Vergleich: Von der heutigen Geldmenge in der Schweiz sind schätzungsweise nur etwa 15 Prozent als Bargeld real vorhanden.

Nationalbank als Monetative

Dieser privaten Buchgeldschöpfung will der Verein «Monetäre Modernisierung» einen Riegel schieben. An einer Tagung am 13./14. Mai in Winterthur wird nicht nur die Vollgeldreform diskutiert, sondern auch eine entsprechende Volksinitiative vorgestellt. Der provisorische Initiativtext steht bereits, wie Vorstandsmitglied Daniel Meier gegenüber der az bestätigt. Die Kernforderung dabei

ist klar: Die Geldschöpfung soll ausschliesslich durch die öffentliche Hand erfolgen und die Schweizerische Nationalbank zur «Monetative» werden – zur vierten Staatsgewalt neben Legislative, Exekutive und Judikative. «Unabhängig und dem Gemeinwohl verpflichtet», erklärt Meier im Gespräch. «Das Geldwesen wird damit zu einer öffentlichen Infrastrukturleistung im Sinne eines Service public.»

Gelten heute gemäss Bundesverfassung nur Banknoten und Münzen als gesetzliche Zahlungsmittel, würde dies nach einer Vollgeldreform auch für das Buchgeld gelten. Aus Giroguthaben würde damit Zentralbankgeld. «Dadurch geschieht mit dem unbaren

Die Schweizerische Nationalbank soll zur vierten Staatsgewalt werden.

Buchgeld heute das Gleiche wie vor rund hundert Jahren mit den Banknoten. Damals wurden privat ausgegebene Banknoten aufgrund der Gründung der Schweizer Nationalbank durch staatliche Zentralbanknoten ersetzt», erläutert der 45-jährige Zürcher. Und gehe eine Bank bankrott, gingen die Zahlungsverkehrskundengelder dank der Reform nicht verloren, da sie ausserhalb der Bankenbilanz stehen würden.

Die Banken könnten ihre Geschäfte wie Kontoführung, Zahlungsver-



Von der heutigen Geldmenge in der Schweiz sind nur etwa 15 Prozent als Bargeld real vorhanden.

GETTY IMAGES

kehr oder Kreditvergabe wie bis hin weiterführen. Mit einer gewichtigen Änderung: Sie könnten nur so viel Kredite vergeben, wie sie an Nationalbankengeld haben. «Sie könnten nicht mehr per Tastendruck am Computer neues Geld erfinden, sondern müssten mit Vollgeld operieren, das sie selbst am Finanzmarkt erwirtschaften,

von anderen Banken ausleihen oder von den sparenden Kunden akquirieren», so Meier. Mit einer solchen Reform würden Finanzblasen und Spekulationsexzesse vermindert, sind sich die Initianten sicher. Meier: «Die Too-big-to-fail-Problematik würde entschärft.» Ziel sei ein nachhaltiges und sichereres Finanzsystem.

Die heutige indirekte Geldmengensteuerung über die Leitzinsen würde also durch eine direkte Geldmengensteuerung abgelöst. Wäre aufgrund der Wirtschaftsentwicklung eine Erhöhung der Geldmenge nötig, sehen die Initianten zwei Möglichkeiten, das entsprechende Geld in Umlauf zu bringen: entweder indem die Nationalbank dieses schuld- und zinsfreie Geld dem Bund überweist, der damit seine Leistungen mitfinanziert, oder indem man jedem Bürger einen Anteil direkt aufs Konto verbucht. Je nach Wirtschaftswachstum müssten so jährlich einige Milliarden in Umlauf gebracht werden.

Professorale Unterstützung

Support erhalten die Initianten von wissenschaftlicher Seite. So wird etwa der Staatsrechtsprofessor Philippe Mastronardi von der Universität St. Gallen dem wissenschaftlichen Beirat angehören. «Das Kapital muss der Gesellschaft dienen und nicht umgekehrt», sagt Mastronardi dazu. Auch der emeritierte St. Galler Volkswirtschaftsprofessor Hans Christoph Binswanger steht den Initianten beratend zur Seite: «Ich teile den Grundgedanken», kritisiert er die «völlig ausufernde Geldschöpfung».

Wann genau die Unterschriftensammlung beginnt, ist noch offen. Nach der Tagung in Winterthur soll der Initiativtext bereinigt, das überparteiliche Initiativkomitee gegründet und der Initiativfahrplan bestimmt werden. Meier: «Eine Lancierung noch vor den Wahlen ist aber eher unwahrscheinlich.»

Negative Bewertung

Atomdebatte Dokument zeigt: Zuganker am AKW Mühleberg wurde als unsicher eingestuft. Das Vorgehen des Ensi ist «nicht nachvollziehbar».

Die Wochenzeitung «WOZ» hat das Gesuch veröffentlicht, mit dem die Mühleberg-Gegner vom Bund die sofortige Abschaltung des AKW fordern. Es enthält als geheim eingestufte Passagen eines Gutachtens, das das Versagen der Zuganker am AKW für möglich hält. Das 47-seitige «Gesuch um Entzug der Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Mühleberg (KKM)» ging am 21. März ans Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek). Verfasst hat es Anwalt Rainer Weibel im Namen über 100 AKW-Gegner.

Weibel bestätigte, dass es sich beim Dokument, das die «WOZ» auf ihre Website stellte, um sein Gesuch handelt. Das Papier galt als geheim, da es seinerseits aus Dokumenten zitiert, die laut Bundesverwaltungsgericht nicht publik werden dürfen. Besonders brisant: ein Gutachten des deutschen TÜV Nord zu den Kernmantel-

rissen im AKW Mühleberg. Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) – damals noch HSK – hatte es 2006 in Auftrag gegeben.

Weibels Gesuch hält die Hauptbefunde dieses Gutachtens fest. Demnach kann der Erhalt der Integrität der umstrittenen Zugankerkonstruktion «im Betrieb und bei Störfällen nicht uneingeschränkt vorausgesetzt werden». Es sei «das Versagen eines oder mehrerer Zuganker nicht auszuschliessen». Mit den Zugankern werden Risse des Kernmantels gesichert.

Die AKW-Gegner haben die TÜV-Befunde dem Öko-Institut Darmstadt vorgelegt und eine Kurzstellungsanfrage erarbeiten lassen. Unter anderem kommt das Institut – nachzulesen in Weibels Gesuch – zum Schluss, es sei «nicht nachvollziehbar, weshalb das Ensi trotz TÜV-Gutachten seit 2006 dem Bewilligungsinhaber noch vier Jahre Zeit einräumt, um das bisherige Instandhaltungskonzept zu überarbeiten». Und weiter: «Zusammenfassend ist es unverständlich, weshalb HSK/Ensi den Betrieb des KKM trotz der eindeutig negativen Bewertungen der Zugankerkonstruktion durch den TÜV weiterhin zulässt.» (SDA)

Nachrichten

Chinareise **Didier Burkhalter über erneuerbare Energie**

Zu Beginn seiner Chinareise hat Bundesrat Didier Burkhalter in Schanghai mit chinesischen Wissenschaftlern über die künftigen Herausforderungen im Energiebereich diskutiert. Der Innenminister habe mit seinen Gesprächspartnern über die Chancen und Möglichkeiten der Nutzung von erneuerbaren Energien gesprochen, sagte Jean-Marc Crevoisier, Sprecher des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI). China sei viel weniger von der Atomenergie abhängig als die Schweiz, erklärte Crevoisier. (SDA)



Dick Marty tritt nicht mehr an. KEY

Ständerat **Dick Marty will nicht mehr kandidieren**

Nach Angaben der Tessiner FDP will Ständerat Dick Marty bei den bevorstehenden Wahlen im Herbst nicht mehr kandidieren. Das Kantonskomitee sei von Marty schriftlich über diesen Entscheid informiert worden, bestätigte das Sekretariat der Tessiner FDP am Freitag Tessiner Medienberichte. (SDA)

INSERAT

MIT SICHERHEIT INTELLIGENT UNTERWEGS.

Ob auf dem Land oder in der Stadt: Als intelligenter 4x4 mit Terrain Response®-System meistert der neue Freelander 2 mit Sicherheit jeden Untergrund. Dabei garantiert er perfektes Handling in allen Lagen. Als 2.2 eD4 (4x2) mit STOP/START-Technologie ist er zudem nicht nur sicher, sondern auch beeindruckend effizient unterwegs – mit **6.0 l/100 km**** und einer CO₂-Emission von nur **158 g/km** zählt er zur **Energieeffizienz-Kategorie A**. Der Freelander 2 bringt Sie mit seinen neuen Dieselmotoren und einer Leistung von wahlweise 150 oder 190 PS*** bereits ab **CHF 44'900.-** souverän weiter. Fahren Sie ihn zur Probe, jetzt bei Ihrem Land Rover-Partner. www.landrover.ch



3.9%*
LEASING

FREELANDER 2



* Aktionsleasing: gültig vom 3.1. bis 30.6.2011 (Immatrikulationen in der Schweiz bis 30.6.2011), nicht mit anderen Vergünstigungen kumulierbar. Leasing-Berechnungsbeispiel: Freelander 2, 2.2 eD4, Modell E man., empfohlener Kunden-Nettoverkaufspreis CHF 44'900.-, Sonderzahlung 15% der Basispreisempfehlung, Laufzeit 48 Monate, 10'000 km/Jahr, effektiver Jahreszins 3.97%, Kautions 5%, obligatorische Vollkasko nicht inbegriffen. Leasingrate monatlich CHF 555.15 inkl. MWST. Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt.
** Freelander 2, 2.2 eD4, Modell E man., 150 PS/110 kW, Gesamtverbrauch 6.0 l/100 km, CO₂-Emission 158 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A.
*** Freelander 2, 2.2 SD4, Modell S aut., 190 PS/140 kW, Gesamtverbrauch 7.0 l/100 km, CO₂-Emission 185 g/km, Energieeffizienz-Kategorie B. CO₂-Emission aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeuge 188 g/km.